

## **Debatte der letzten Landtagssitzung: Streichung der Regelung zum Betreuungsgeld auf Bundesebene**

In der Februarsitzung des Landtages stellte die FDP-Fraktion einen Antrag auf Streichung der Regelung zum so genannten Betreuungsgeld im Achten Sozialgesetzbuch. Die Fraktion DIE LINKE stimmte dem Antrag zu. Die CDU und Teile der SPD votierten gegen den Antrag. Im Widerspruch zum frisch unterschriebenen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP verlangt die FDP in Sachsen-Anhalt, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass in § 16 Absatz 4 SGB VIII geregelte Betreuungsgeld zu streichen. Die große Koalition aus CDU und SPD hatte in ihrer Amtszeit auf Drängen der CSU im Streit um den so genannten Krippenkompromiss im SGB VIII geregelt, dass Eltern, die ihre Kinder (im Alter von 0 bis 3 Jahren) nicht in die Kita bringen können oder wollen ein monatliches Betreuungsgeld erhalten. DIE LINKE sprach sich bereits zu diesem Zeitpunkt gegen die Regelung der so genannten „Herdprämie“ aus.

In Thüringen existiert das Betreuungsgeld bereits seit einigen Jahren. Hier ist festzustellen, dass gerade Kinder aus den so genannten bildungsfernen Familien in der Kita abgemeldet werden. Das verwundert nicht, helfen doch auch schon 150,00 Euro monatlich den Lebensunterhalt besser zu bestreiten. Daher kann den Eltern auch kaum ein Vorwurf gemacht werden.

Der Politik, die diese Entwicklung fördert, kann jedoch der Vorwurf gemacht werden, dass sie die Rückkehr zu einem tradierten Rollenbild von Mann und Frau fördern und Kindern die Chance der Teilhabe an Bildungsangeboten der Kitas indirekt verwehren. Dies ist umso verheerender, weil es gerade Kinder betrifft, die Bildung, Erziehung und Betreuung in den Kitas und auch die Gemeinschaft von Kindern dringend brauchen.

In Sachsen-Anhalt besteht zudem eine Gefahr für die Infrastruktur der frühkindlichen Bildung. Das ist umso bedauerlicher, weil wir eine gute Qualität in unseren Kitas vorzuweisen haben. Diese muss nach Auffassung der LINKEN ausgebaut und nicht durch die Hintertür abgebaut werden. DIE LINKE fordert nach wie vor einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder und ein kostengünstiges Mittagessen. Dafür wird die LINKE auch in Zukunft streiten.

**Eva von Angern, Kinder, - Jugend- und Familienpolitische Sprecherin**

Magdeburg, 09. 03. 2010